

Argumente für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Ein Beitrag zur Gesundheitsförderung

Die Belastungen der Erwerbsarbeit machen viele Menschen krank. Noch ungesünder ist es, keine Arbeit zu haben oder den Verlust seiner Arbeitsstelle befürchten zu müssen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann einerseits dazu beitragen, die gesellschaftliche Stellung erwerbsloser Menschen zu verbessern und nicht erwerbsmässig geleistete Arbeit aufzuwerten; andererseits bringt es sowohl den Erwerbstätigen als auch Nichterwerbstätigen eine finanzielle Entlastung. Über beide Faktoren leistet das bedingungslose Grundeinkommen einen massgeblichen Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit.

von Martin Hafén

Eine sinnvolle Arbeit auszuüben und damit den Lebensunterhalt zu bestreiten, ist für die meisten Menschen enorm wichtig. Wenn diese Erwerbsarbeit dann noch mit sozialer Anerkennung verbunden ist und Gelegenheit für soziale Kontakte bietet, dann ist Gewähr dafür gegeben, dass Erwerbsarbeit in hohem Masse gesundheitsförderlich ist. Andererseits ist seit langem bekannt, dass Erwerbsarbeit nicht nur gesund erhält, sondern auch krank macht. So zeigt die Eidgenössische Gesundheitsbefragung von 2002 (BFS 2003), dass sich 44% der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch ihre Arbeit stark gestresst fühlen, was sich bei vielen von ihnen in psychischen und psychosomatischen Beschwerden ausdrückt. Dieser Befund wiederum findet sich in der IV-Statistik bestätigt, denn eine steigende Zahl der IV-Bezüger und -bezügerinnen (1992: 40%) beziehen ihre Rente infolge psychischer Probleme (BSV 2004).

Erwerbsarbeit als gesundheitsrelevanter Faktor

Erwerbsarbeit macht also zur gleichen Zeit krank und gesund. Das legt die Frage nach den Risiko- und Schutzfaktoren im Zusammenhang mit Erwerbsarbeit nahe. Die ersten machen das Auftreten von psychischen und körperlichen Krankheiten (statistisch gesehen) wahrscheinlicher; die zweiten beschränken den Einfluss der Risikofaktoren und erhalten auf diese Weise die Gesundheit (Hafén 2007, S. 59ff.). Die Vielfalt die-

ser Einflussfaktoren ist gross. So zeigt die wissenschaftliche Forschung, dass ein stark eingeschränkter Entscheidungsspielraum an der Arbeitsstelle die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Herz-Kreislauf- oder Rückenproblemen erhöht und die Zahl Krankheitstage in die Höhe treibt (WHO 2004, S. 21). Auch ist vielfach bewiesen, dass eine über längere Zeit erhöhte Stressbelastung am Arbeitsplatz die Krankheitsanfälligkeit steigert – nicht zuletzt weil sich eine erhöhte Stressbelastung nicht nur negativ auf die psychische Befindlichkeit auswirkt, sondern auch das Herz-Kreislaufsystem beeinträchtigt und das Immunsystem schwächt (Servan-Schreiber 2006, 49ff.). Auf der andern Seite ist bekannt, dass ein gutes Betriebsklima und ein motivierender Führungsstil dabei helfen, die Anforderungen im Arbeitsalltag mit weniger psychischem Stress zu bewältigen. Umgekehrt sind negative soziale Erfahrungen am Arbeitsplatz, wie sie z.B. bei Mobbing auftreten, enorm gesundheits-schädigend (Hafén 2007b).

Kaum noch Zeit für informelle Kontakte und steigender Stress

Wenn wir nun beobachten, dass immer mehr Menschen wegen psychischen Problemen aus dem Erwerbsprozess ausscheiden, dann liegt der Schluss nahe, dass die Risikofaktoren der Erwerbsarbeit in den letzten Jahren zu- und die Schutzfaktoren abgenommen haben. Der Mensch ist ein genuin sozi-

ales Wesen, dessen Wohlbefinden massgeblich von der Wertschätzung anderer Menschen abhängt und das auf gelingende Kooperationen angewiesen ist (Bauer 2006). Wenn nun die Zeiträume für (informelle) soziale Kontakte durch die Rationalisierung der Arbeitsprozesse immer weiter gekürzt werden, dadurch der Zeitdruck und der Stress gesteigert werden und sich zudem der Konkurrenzdruck erhöht, dann wird die Arbeitsstelle immer mehr zu einem gesundheitsgefährdenden Setting.

Der betriebswirtschaftlich gesehen ‚logische‘ Versuch zur Effizienzsteigerung eines Unternehmens hat nicht nur für die Arbeitnehmenden verheerende Konsequenzen, sondern auch für die übrige Gesellschaft. Schliesslich trägt diese die Krankheitskosten, richtet IV-Unterstützung und Arbeitslosengelder aus und versorgt die ‚Ausgesteuerten‘ mittels Sozialhilfe. Anders formuliert wird die Konkurrenzfähigkeit resp. die Gewinnträchtigkeit von Arbeit gebenden Organisationen zunehmend auf Kosten des Gesundheitszustandes der Belegschaft gesichert und die entstehenden Kosten dem Individuum und der Öffentlichkeit belastet. Nimmt man die Systemlogik von betriebswirtschaftlich operierenden Organisationen ernst, dann wird diese Form von Kostenauslagerung so lange das Mittel der Wahl bleiben, bis sie sich für die Organisationen *ökonomisch* gesehen nicht mehr lohnt – etwa wenn die Prämien für die Taggeldversicherung ins Unermessliche steigen, wenn durch das schlechte Betriebsklima die Arbeitsqualität abnimmt oder wenn durch die Stellenwechsel infolge Krankheit oder Unzufriedenheit wertvolles Know-how verloren geht.

Ohne Zweifel gibt es eine steigende Zahl an Arbeitsorganisationen, die erkennen, dass es sich auch betriebswirtschaftlich lohnen kann, sich aktiv um die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu bemühen – sei es durch ein ernsthaftes Disability Management, welches sich um die Wiedereingliederung arbeitsunfähiger Personen bemüht; sei es durch ein umfassendes Gesundheitsmanagement, das neben den Wiedereingliederungsmassnahmen auch präventive Bemühungen umfasst (Hafen 2006). Diese Organisationen sind aber (noch) bei weitem in der Minderzahl – auch weil es immer noch viel zu wenig

Studien gibt, die einen positiven Zusammenhang zwischen gesundheitsfördernden Massnahmen und Kosteneinsparungen belegen.

Ist die Vollbeschäftigung ein Auslaufmodell?

Doch auch wenn sich die Unternehmen vermehrt und durchaus auch zum eigenen Nutzen um die Gesundheit ihrer Belegschaften kümmern, wird der Trend zur steigenden Belastung durch die Erwerbsarbeit kaum aufzuhalten sein. Zu gross ist der unternehmerische Konkurrenzdruck in einer Gesellschaft, in der die politischen Grenzen zumindest für die Wirtschaft eine immer geringere Rolle spielen. Zu stark ist auch das ökonomische Prinzip der Gewinnmaximierung, das immer neue Wege zur Kosteneinsparung erschliesst – Wege, die zumeist direkt in die Personalabteilung führen. Das gilt nicht mehr nur für privatwirtschaftliche Unternehmen. Auch in der staatlichen Verwaltung, im Gesundheits- und im Bildungswesen und im Sozialbereich gewinnen betriebswirtschaftliche Konzepte immer mehr die Überhand. Das ist zu einem gewissen Grad durchaus notwendig, denn auch öffentliche Gelder und private Subventionen sind knappe Güter. Andererseits führt die Dominanz rein ökonomischer Argumentationslinien in diesem Bereich immer öfters dazu, dass die Fachlichkeit darunter leidet oder dass die Tendenz zur Ökonomisierung wie in der Privatwirtschaft zu Lasten der Gesundheit der Mitarbeitenden geht.

Selbstverständlich wirkt sich die Straffung der Arbeitsprozesse nicht nur auf die Gesundheit der Individuen aus, sondern auch auf die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze – eine Zahl, die auch durch neue Technologien beeinflusst wird. Freilich lässt sich argumentieren, dass die zunehmende Ökonomisierung der Arbeitswelt auch neue Möglichkeiten eröffnet und damit neue Arbeitsplätze schafft. Ein Blick über die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten und über die Landesgrenzen hinweg lässt jedoch vermuten, dass das Modell einer annähernden Vollbeschäftigung immer weniger realisierbar sein wird, dass sich die Erwerbsarbeit also in Zukunft zu einem immer knapperen Gut entwickelt. Das wiederum hat

Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit, weiss man doch aus zahlreichen Untersuchungen, dass es um die Gesundheit erwerbsloser Menschen noch schlechter bestellt ist als um die Gesundheit der erwerbstätigen Bevölkerung. Weiter ist bekannt, dass die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes eine zusätzliche Gefährdung der Gesundheit mit sich bringt (WHO 2004, S. 24).

Lohnt sich das Festhalten an der ‚Erwerbsgesellschaft‘?

So wie die übrige Gesellschaft scheint sich auch die Sozialpolitik und mit ihr die Soziale Arbeit (noch) nicht vom Modell der Vollbeschäftigung lösen zu können. Mit immer grösserem Aufwand wird versucht, Erwerbstätige auch bei gesundheitlicher Beeinträchtigung im Erwerbsprozess zu halten, Erwerbslose möglichst früh wieder zu reintegrieren und Erwerbsmöglichkeiten für Menschen mit psychischen oder körperlichen Beeinträchtigungen bereit zu stellen. Zweifelsfrei sind diese Bemühungen für die einzelnen Individuen von zentraler Bedeutung. Sie helfen ihnen, mit der schwierigen Situation einer drohenden und bereits bestehenden Erwerbslosigkeit zurechtzukommen und Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln. Sozialpolitik leistet damit ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag an die Gesundheit der Betroffenen.

Trotzdem stellt sich die Frage, ob diese sozialstaatlichen Interventionsversuche die Situation der Gesamtbevölkerung wirklich nachhaltig verbessern. Bei allen Arbeitsintegrationsprogrammen, Früherkennungsinstrumenten, Initiativen zur Schaffungen von Lehrstellen und politischen Bemühungen zur Erhaltung von Arbeitsplätzen kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass es sich um mehr oder weniger hilflose Versuche handelt, der Systemlogik des Wirtschaftssystems entgegenzuwirken. Das Ideal der Vollbeschäftigung wird unbeirrt weiter verfolgt, obschon es mehr als deutliche Anzeichen dafür gibt, dass dieses Ideal immer weniger erreichbar sein wird. Drastisch formuliert bedeutet dies, dass durch die erfolgreiche Reintegration eines Erwerbslosen eine Arbeitsstelle zulasten anderer Erwerbswilliger besetzt wird oder bleibt. Diese Argumen-

tation mag darwinistisch klingen. Nein, sie ist im eigentlichen Sinn darwinistisch, denn sie weist darauf hin, dass sich in einer kapitalistischen Gesellschaft im Kampf um ein knappes Gut (hier: die Erwerbsarbeit) diejenigen durchsetzen, die (aus Sicht des Anbieters) den besten Gegenwert bieten. Das ist ‚survival of the fittest‘ im eigentlichen Sinn.

Die Wirtschaft hat keine ‚humanistische‘ Perspektive

Drastische Argumentationslinien sind eine heikle Angelegenheit, von darwinistischen Argumenten ganz zu schweigen. Darum möchte hier kurz

inhalten und klarstellen, dass ich (vor der Realisierung eines bedingungslosen Grundeinkommens) in keiner Weise dafür bin, die bestehenden Bemühungen zur Reintegration von Arbeitslosen, zur Verbesserung der Inklusionschancen von Jugendlichen in die Arbeitswelt und zur Verhinderung der Exklusion von gesundheitlich beeinträchtigten Erwerbstätigen einzustellen. Ich stehe also in keiner Weise für den Abbau des Sozialstaates ein, wie dies im Politiksystem immer mehr salonfähig wird. Ich wähle die drastische Argumentation nur, weil nur so gezeigt werden kann, dass die Orientierung am Mythos ‚Vollbeschäftigung‘ nicht ein Problem der Wirtschaft, sondern eines der Sozial- und der Bildungspolitik ist. Die Wirtschaft schliesst an diese Semantik lediglich an, wenn sie ihren Interessen dient – etwa dann, wenn es darum geht, unter dem Vorwand der ‚Sicherung von Arbeitsplätzen‘ Steuervergünstigungen oder die Lockerung von Vorschriften zum Schutz der ökologischen Umwelt einzufordern. Die Wirtschaft hat keine ‚humanistischen‘ Interessen. Die Psychen und Körper aktueller und potentieller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehören im eigentlichen Sinn zur *Umwelt* der Arbeit gebenden Organisationen. Was interessiert, ist alleine die Arbeitsleistung und alle Faktoren, die dazu beitragen, dass diese Arbeitsleistung möglichst optimal erbracht werden kann. Und Arbeitsplätze richten die Arbeit gebenden Organisationen immer genau so viele (oder wenige) ein, wie sie benötigen, um ihren Organisationszweck mit höchstmöglicher Effizienz zu erfüllen.

Die (langsam) wachsende Bedeutung des betrieblichen Gesundheitsmanagements wiederum deutet lediglich darauf hin, dass vermehrt erkannt wird, wie wichtig eine gute psychische und körperliche Befindlichkeit für die Erbringung einer guten Arbeitsleistung ist und wie bedeutend soziale Faktoren wie das Betriebsklima oder der Führungsstil für diese Befindlichkeit sind. Sie ist *kein* Hinweis darauf, dass es den Organisationen um ‚den Menschen‘ als Ganzes ginge. Genau so wenig kann es die Aufgabe betriebswirtschaftlich operierender Organisationen sein, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Vielmehr erhöht eine gewisse Sockelarbeitslosigkeit die Wahlmöglichkeiten der Unternehmen und hält die Lohnforderungen im Zaum. Lediglich die Konsumfähigkeit der Bevölkerung sollte einigermaßen gesichert sein, aber diese kann notfalls auch über andere Märkte gesichert werden, wie die Beschaffung von Arbeitskräften auch. Letztlich sich auch die (vereinzelt) Arbeitgeber, die sich aktiv um die Integration von Menschen mit reduzierter Arbeitsfähigkeit und um die Schaffung von Lehrstellen bemühen, immer darauf angewiesen, dass am Ende des Jahres die Bilanz stimmt – und dazu können die genannten Bemühungen über die Verbesserung des Unternehmensimages durchaus einen produktiven Beitrag leisten. Das mag zynisch klingen, und trotzdem führt kein Weg daran vorbei, dass die Systemlogik von Organisationen in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf Profit (resp. im nicht profitorientierten Bereich: auf die Verhinderung von Verlusten) ausgerichtet ist und sich am Prinzip von Angebot und Nachfrage orientiert. Kapitalismus entspricht in diesem Sinn einer rein ökonomisch interpretierten Form des Utilitarismus (Lehre des Nutzens). Diese Form zielt nicht mehr auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen, der von den Begründern des Utilitarismus (Jeremy Bentham, 1748–1832; John Stuart Mill, 1806–1873) angestrebt wurde. Vielmehr geht es beim Kapitalismus ausschliesslich um den Nutzen der einzelnen Organisationen, ihrer Aktionäre und ihrer wichtigsten Entscheidungsträger. Mit einem kurzen Blick auf die Löhne der Topmanager und auf die Zahl der weltweit von Armut betroffenen Menschen lässt sich diese These einfach bestätigen.

Die Individualisierung von Schuld

So sinnvoll die wirtschaftspolitischen Bemühungen zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Schweiz erscheinen und so unverzichtbar die Bemühungen zur Erhaltung und Wiederherstellung der Inklusionschancen von Individuen in die Erwerbswelt sind – das sozial- und bildungspolitische Festhalten am Mythos der Vollbeschäftigung schafft mehr Probleme, als es löst. Ein zentrales Problem liegt in der Individualisierung der Inklusionslast: Weil die Politik das Wirtschaftssystem nur sehr beschränkt zur Schaffung von Lehrstellen und Arbeitsplätzen motivieren (oder zwingen) kann, setzen die allermeisten Massnahmen zur Verbesserung der Situation bei den Individuen an. Damit wird suggeriert, dass sich die Situation generell und nicht nur für die einzelnen Individuen verbessern kann, wenn sich diese in der Schule mehr Mühe geben (‚endlich den Ernst der Situation erkennen‘); wenn Jugendliche lernen, bessere Bewerbungen zu schreiben; wenn Erwerbslose sich nicht hängen lassen, sondern mit mehr Nachdruck auf Arbeitssuche gehen und wenn sie auch sonst alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ihre Inklusionsfähigkeit in den Arbeitsmarkt zu verbessern. Doch dazu kommt es nicht. Wohl verändert sich die Situation einzelner Individuen in positivem Sinn, doch eine Verbesserung der Gesamtsituation bringen diese Bemühungen nicht, denn durch sie werden keine zusätzlichen Lehrstellen oder Arbeitsplätze geschaffen. Vielmehr kommt es zu einer Umverteilung der Inklusionsmöglichkeiten nach dem darwinistischen Prinzip des ‚survival of the fittest‘ und zum Nutzen der Arbeit gebenden Organisationen, die eine grössere Auswahlmöglichkeit haben.

Diese Individualisierung der Verantwortung für die Inklusion in die Erwerbswelt verschlimmert die Situation für jene, die es nicht schaffen, denn sie vermittelt den Eindruck, dass die Gründe für das Scheitern nicht im System, sondern beim einzelnen Individuum liegen. In einer sich vornehmlich über die Erwerbsarbeit definierenden Gesellschaft beruflich keine Perspektiven zu haben, ist für die psychische Befindlichkeit schädlich genug, aber für diese Perspektivenlosigkeit noch die Schuld zugeschrieben zu be-



“

Durch die Aufgabe des Ideals einer Vollbeschäftigung verliert auch die Idee an Überzeugungskraft, dass jeder Mensch fähig sein muss, selbstständig für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Das ist eine Idee der Moderne und offensichtlich eine Idee, die nicht funktioniert.

kommen, das macht die schwierige Situation erst Recht unerträglich. Das hat Auswirkungen auf die Gesundheit, denn Scham und Gefühle des Versagens beeinträchtigen die psychische Befindlichkeit genau so wie Perspektivenlosigkeit oder die Angst davor, sich im härter werdenden Wettbewerb nicht durchsetzen zu können. Die Folgen sind bekannt: psychische und körperliche Krankheiten, erhöhte Suizidalität und gesteigerte Aggressionsbereitschaft. Es sind Folgen, die immer sowohl vom Individuum als auch von der übrigen Gesellschaft mitgetragen werden.

Pflege der blinden Flecken

Niemand wird so naiv sein, an eine Gesellschaft ohne soziale Ungleichheit zu glauben. Eine solche Gesellschaft hat es

nie gegeben und wird es niemals geben. Die Aufrechterhaltung der Illusion, dass eine Vollbeschäftigung der erwerbsfähigen Bevölkerung und damit zumindest in dieser Hinsicht eine gewisse Gleichheit möglich sei, verhindert den Blick auf neue Lösungen in Hinblick auf den Umgang mit der wachsenden Zahl jener, die es nicht schaffen, an unserer Erwerbsgesellschaft zu partizipieren. Je nach politischer Couleur wird stets ein ‚Mehrdessen‘ gefordert – ein Mehr dessen, was schon lange nicht funktioniert: mehr staatliche Unterstützung und Eingliederungsmassnahmen auf der einen und mehr Druck, Appelle an Eigenverantwortung und Jagd auf ‚Sozialschmarotzer‘ auf der andern Seite. Im Rahmen dieser sorgsam Pflege von blinden Flecken wird zum einen der ‚Sozialstaat‘ aufgebläht und im gleichen Zug ein Heer von Hilfebedürftigen pro-

duziert, die es trotz aller ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ nicht schaffen und sich entsprechend als Versager fühlen müssen. Zum andern kommt es zu direkten Schuldzuweisungen und Verunglimpfungen, was die Betroffenen mindestens so stark marginalisiert wie die Kürzung von IV- und Sozialhilfegeldern. Das Ergebnis ist in beiden Fällen anti-humanistisch im eigentlichen Sinn: Es ist Entmündigung, Entwürdigung und soziale Abwertung – alles Faktoren, die die psychische und körperliche Gesundheit der Betroffenen nachhaltig beeinträchtigen. In andern Worten: Das Streben nach dem humanistischen Gleichheitsideal unter der Flagge ‚Vollbeschäftigung‘ verschlimmert die Ungleichheit für diejenigen, die es nicht schaffen. Nicht die Ungleichheit an sich, sondern diese zusätzliche Verschlimmerung wäre zu vermeiden, wenn das Ideal geopfert und nach anderen Lösungen gesucht würde.

Das bedingungslose Grundeinkommen als Ausweg?

Hier kommt das bedingungslose Grundeinkommen als grundsätzlicher Beitrag zur Förderung der öffentlichen Gesundheit ins Spiel: Durch die Aufgabe des Ideals einer Vollbeschäftigung verliert auch die Idee an Überzeugungskraft, dass jeder Mensch fähig sein muss, selbstständig für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Das ist eine Idee der Moderne und offensichtlich eine Idee, die nicht funktioniert. Besonders deutlich zeigt sich das am Phänomen der ‚working poor‘ also jener wachsenden Zahl an Menschen, die die Bedingungen für eine vollständige Inklusion in die Erwerbswelt zu hundert Prozent erfüllen und trotzdem nicht ohne staatliche Unterstützung für ihren Lebensunterhalt sorgen können. Gerade bei dieser Gruppe zeigt sich, wie widersinnig die Idee einer Vollbeschäftigung ist, steigert die Inklusion in dieses Segment des Arbeitsmarktes doch die Exklusionsgefährdung in andern Lebensbereichen der Betroffenen – sei es dadurch, dass diese in kostengünstigere Wohnungen in belasteten Stadtteilen ziehen müssen, sei es durch unregelmässige Arbeitszeiten oder Schichtarbeit oder sei es durch die gesellschaftliche Tabuisierung der Ar-

mut, die wie bei den Erwerbslosen die Rückzugstendenzen fördert (Mäder 2007). Diese Faktoren wiederum wirken sich unmittelbar negativ auf Gesundheit der Betroffenen aus.

Im weiteren würde ein bedingungsloses Grundeinkommen einen wichtigen Beitrag zur Entglorifizierung der Erwerbsarbeit leisten – eine Glorifizierung, die massgeblich dazu beiträgt, dass wir uns so stark über das identifizieren, was wir (erwerbsmässig) tun. Es ist einfach nachzuvollziehen, dass Menschen, die nicht erwerbstätig sind oder eine Erwerbstätigkeit mit niedrigem sozialem Status ausüben, tendenziell Identitätsprobleme bekommen. Es ist umfassend belegt, wie wichtig ein gutes Selbstwertgefühl und eine hohe Selbstwirksamkeitserwartung für die psychische (und damit auch auf die körperliche) Gesundheit ist und welcher zentrale Anteil die soziale Anerkennung an der Entwicklung eines positiven Selbstverständnisses hat. Wenn wir uns dies in Erinnerung rufen, dann wird klar, dass die gesellschaftliche Bewertung der Erwerbsarbeit ein hochgradig relevanter Einflussfaktor auf die Gesundheit ist.

Weiter ist zu vermuten, dass ein Verzicht auf die Glorifizierung der Erwerbsarbeit zu einer Aufwertung nicht bezahlter Arbeitsleistungen im Bereich der Familie, der Nachbarschaft oder der Vereinstätigkeit führt. Diese Tätigkeiten sind für die Gesellschaft nicht nur von zentraler Bedeutung, weil sie (vor allem durch die Frauen) Aufgaben übernehmen, die durch professionalisierte Settings (z.B. in der Pflege, der sozialen Hilfe oder der Erziehung) aus Kosten- und andern Gründen nicht geleistet werden können. Sie sind auch darum so bedeutend, weil sie die für die psychische Gesundheit aller Beteiligten so wichtigen sozialen Kontakte ermöglichen – Kontakte, die wie gezeigt in der Erwerbswelt immer weniger geknüpft werden können.

Abschliessende Bemerkungen

Die Erfahrungen mit Freiwilligenarbeit durch Pensionierte zeigen, dass das bei praktisch jedem Menschen vorhandene Potenzial, einen aktiven Beitrag zu einer positiven Entwicklung der Gesellschaft zu leisten, auch in professionellen Kon-

texten genutzt werden könnte – etwa in der Pflege oder bei der Betreuung von älteren Menschen. Vor allem könnte der Ausbau solcher Arbeitsleistungen dazu genutzt werden, um die in diesen Bereichen aus Kostengründen sträflich vernachlässigte informelle Kommunikation zu pflegen, die für die Wiederherstellung und Erhaltung der psychischen und körperlichen Gesundheit so wichtig ist. Doch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde nicht nur die Kooperation von Professionellen und Freiwilligen verändern, sondern auch die Professionen grundsätzlich umgestalten. So könnte sich die professionelle Soziale Hilfe z.B. von einer behandlungsorientierten, vornehmlich an Sachhilfe orientierten Sozialarbeit zu einer präventiv ausgerichteten, ressourcenorientierten Sozialen Arbeit entwickeln, welche die Bildung von Netzwerken und sonstigen gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten unterstützt und damit zu einer Verminderung der sozialen Isolation von Menschen mit und ohne Erwerbstätigkeit beiträgt.

Es steht ausser Frage, dass der Weg zu einem so umfassenden ‚Systemwechsel‘ wie der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens sehr weit ist. Nicht nur, dass die politischen Widerstände derzeit unüberwindbar sind; es müssen auch unzählige Umsetzungsfragen (unter anderen Fragen der Finanzierbarkeit) geklärt werden. Zudem wäre es naiv zu glauben, mit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wären die meisten gesellschaftlichen Probleme einfach gelöst. Das bedingungslose Grundeinkommen ist also momentan noch eine Utopie – eine Utopie, die erst dann realisierungsfähig werden wird, wenn sich noch deutlicher als heute zeigt, dass die gegenwärtigen dringlichen Probleme (Arbeitslosigkeit, Belastung von Invalidenversicherung und Sozialhilfe, explodierende Gesundheitskosten) mit der Fixierung auf das Ideal der Vollbeschäftigung nicht zu lösen sind, sondern durch diese Fixierung verschärft werden. Das Schwierige an dieser Ausgangslage ist, dass die laufenden sozialpolitischen Bemühungen zur Bewältigung dieser Probleme so lange weiter geführt werden müssen, bis ein bedingungsloses Grundeinkommen politisch realisiert werden kann – und dies,

obwohl diese Massnahmen selbst zu den Problemen beitragen, die sie bewältigen sollen.

Das ist eine hoch komplexe Ausgangslage, und Komplexität ist etwas, das sich mit politischen Entscheidungsprozessen schlecht verträgt. Dieser Umstand soll zur Vor- und Umsicht motivieren; er soll aber keinen Vorwand dafür bieten, sich einfach mit der momentanen Situation zufrieden zu geben, denn diese Situation ist eine Sackgasse. Ein erster Schritt aus dieser Sackgasse kann darin bestehen, über Utopien wie das bedingungslose Grundeinkommen eine öffentliche Diskussion zu führen. Wenn diese Diskussion nur schon zu einem besseren Verständnis für die Situation erwerbsloser Menschen und einer erhöhten gesellschaftlichen Wertschätzung nicht erwerbsmässig geleisteter Arbeit führt, dann leistet sie bereits einen substantiellen Beitrag zur Förderung der öffentlichen Gesundheit. Und allein das wäre ein höchst begrüssenswerter Effekt.

Martin Hafen, Sozialarbeiter HFS und Soziologe Dr. phil. arbeitet als Dozent an der Hochschule Luzern. Soziale Arbeit und leitet dort zusammen mit Prof. Kurt Gschwind den MAS Master of Advanced Studies in Prävention & Gesundheitsförderung. Kontakt: Hochschule Luzern, Soziale Arbeit, Werftstr. 1, Postfach 3252, 6002 Luzern, Tel. 041 367 48 81, E-Mail: mhafen@hsa.fhz.ch, Homepage privat: www.fen.ch.

Literatur

- Bauer, Joachim (2006): Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren. Hamburg
 BSV Bundesamt für Sozialversicherung (Hrsg.) (2004): IV-Statistik 2004. Bern
 BFS Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2003): Eidgenössische Gesundheitsbefragung. Neuchâtel
 Hafen, Martin (2007): Mythologie der Gesundheit. Zur Integration von Pathogenese und Salutogenese. Heidelberg
 Hafen, Martin (2007b): Prävention von Mobbing – so schwierig wie notwendig, in: SuchtMagazin 1/07: 3-14
 Hafen, Martin (2006): Betriebliches Gesundheitsmanagement – eine komplexe Aufgabe, in: SuchtMagazin 4/2006: 3-15
 Mäder, Ueli (2007): Integration und Ausschluss, in: Sozialhilfe der Stadt Basel, Bürgergemeinde der Stadt Basel (Hrsg.): Soziale Hilfe Basel-Stadt – Jahrbuch 2007. Basel: 5-13
 Servan-Schreiber, David (2006): Die Neue Medizin der Emotionen. Stress, Angst, Depression: Gesund werden ohne Medikamente. 5. Auflage. München
 WHO World Health Organisation (2004): Soziale Determinanten von Gesundheit – Die Fakten. Kopenhagen